

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Frieder Vogelsgesang

ANTRAG

22.02.2019

Hart durchgreifen bei nicht genehmigten Grundstücksrodungen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München nutzt den Ermessenspielraum bei der Festlegung von Strafzahlungen für unerlaubte Baumfällungen – und insbesondere illegale Rodungen von ganzen Grundstücken – in ganzer Härte aus.

Der Oberbürgermeister setzt sich dafür ein, das Strafmaß gegebenenfalls deutlich zu erhöhen, damit es eine abschreckende Wirkung entfalten kann.

Bei derartigen Fäll- und Rodungsaktionen darf der Bauwerber / Bauherr / Investor keinen finanziellen Nutzen aus illegalen Baumfällungen und Grundstücksrodungen erlangen. Die Bearbeitung von eventuell gestellten Bauanträgen soll frühestens begonnen werden, wenn entsprechende Zahlungen für den angerichteten Schaden sowie Sicherheitsleistungen für Ersatzpflanzungen in spürbarer Größenordnung gezahlt wurden.

Begründung:

Erst dieser Tage ereignete sich wieder ein Fall, in dem ein Grundstück in einem Münchner Wohngebiet mit Gartenstadtcharakter in einer Blitzaktion von jeglicher Bepflanzung freigeräumt wurde. Es handelt sich hierbei um das Anwesen Frihindorfstraße 8 in Obermenzing (Die AZ berichtete am 20.02.2019 auf Seite 3).

Bagger und Arbeiter rückten Freitagnachmittag, den 15.02.2019 an und begannen mit der Rodung des deutlich über 1.000 m² großen Grundstücks. Die Arbeiter ließen sich auch nicht durch die Interventionen der Nachbarn beeindrucken. Samstag in der Früh wurden die noch vorhandenen Wurzelstöcke ausgefräst und abtransportiert, um Beweisstücke zu entfernen. Gefällt wurden gemäß Beobachtung und Fotodokumentation der Nachbarschaft eine Linde (Stammumfang in 1m Höhe von ca. 160-180 cm) zwei Birken (jeweils ca. 110 – 130 cm) und vier Kiefern (jeweils 100 – 140 cm). Das vorhandene Buschwerk und sämtliche Pflanzen wurden beseitigt.

Die vier Kiefern bildeten zudem gemäß Aussage eines Fachmanns für ökologische Feldforschung, Naturschutz und Landschaftsplanung zusammen mit der erwähnten Linde ein seit mehr als 15 Jahren besetztes Quartier für den Großen Abendsegler, einer geschützten Fledermausart aus der Familie der Glattnasen.

Eine Fällgenehmigung lag gemäß Bestätigung der Unteren Naturschutzbehörde nicht vor, der Fall wird aktuell näher geprüft.

Bauen in München ist offenbar derart rentabel, so dass Strafen bewusst in Kauf genommen werden, um freigeräumte Grundstücke sodann optimal auszunutzen.

Es handelt sich dabei nicht um den ersten Fall in München, in dem durch illegales und schnelles Handeln, zumeist vor Beginn des Wochenendes, Tatsachen geschaffen werden. Ganz offensichtlich schreckt das bisher angedrohte Strafmaß für derartige Aktionen nicht hinreichend ab. So ist es zumindest in ganzer Höhe auszunutzen. Darüber hinaus muss das mögliche Strafmaß deutlich angehoben werden.

Gebiete mit Gartenstadtcharakter sollen grundsätzlich ihren Charakter dauerhaft bewahren, eine Nachverdichtung soll allenfalls maßvoll und mit Augenmaß erfolgen. Insbesondere ist es erklärtes Ziel, die prägende Grünstruktur in Gartenstadtgebieten zu erhalten. Die vollständige Rodung von Grundstücken widerspricht diesem Ziel diametral und muss mit entsprechend hohen Strafen sanktioniert werden.

Frieder Vogelsgesang
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 28.03.2019

Mehr Schutz für Bäume I

Sicherheitsleistung für Baum-Ersatzpflanzungen auch in München einführen – Lebensqualität in München bewahren

Antrag

Die städtische Baumschutzverordnung wird dahingehend ergänzt, dass der/die Eigentümer*in eines Grundstücks für jeden Baum, für den die Untere Naturschutzbehörde eine Fällgenehmigung erteilt und eine Ersatzpflanzung verfügt, eine Kautions von € 750 bei der Stadtkasse einzuzahlen hat, die im Falle des Nachweises einer tatsächlich erfolgten Ersatzpflanzung zurückgezahlt wird.

Begründung:

Da die Untere Naturschutzbehörde zu wenig Kapazitäten besitzt, um den Vollzug ihrer Auflagen betreffs Ersatzpflanzung zu verfolgen, soll durch die Einführung einer Kautions sichergestellt werden, dass eine verfügte Ersatzpflanzung auch tatsächlich stattfindet. Diese sogenannte Sicherheitsleistung für eine Ersatzpflanzung ist in verschiedenen Nachbargemeinden Münchens schon eingeführt – z.B. in den Gemeinden Gröbenzell, Eichenau und Maisach. In den letzten Jahren ist die Neupflanzung von Bäumen im Stadtgebiet auf Privatgrund so stark zurückgegangen, dass ein Negativsaldo entstanden ist – also mehr Bäume gefällt als nachgepflanzt wurden¹. In Anbetracht der immer heißeren Sommer ist der Baumbestand für das Stadtklima von hoher Bedeutung, da von jedem Baum außer der ständigen Sauerstoffproduktion an heißen Tagen eine stark kühlende und die Luft befeuchtende Wirkung ausgeht.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Sabine Krieger, Dominik Krause, Katrin Habenschaden, Herbert Danner, Paul Bickelbacher, Anja Berger, Angelika Pilz-Strasser.

Mitglieder des Stadtrates

1 <https://bn-muenchen.de/themen/baumschutz/>

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 28.03.2019

Mehr Schutz für Bäume II

Höhere Strafen bei ungenehmigten Baumfällungen

Antrag

Die LH München verhängt für ungenehmigte Baumfällungen die zulässigen Höchststrafen. Neben den bisher üblichen Geldstrafen prüft sie die Möglichkeiten eines Entzugs oder einer Verringerung des Baurechts.

Begründung:

Bäume sind in dieser Stadt unentbehrlich. Bäume, die unter die Baumschutzverordnung fallen, ohne Genehmigung zu fällen, ist kein Kavaliersdelikt. Die Verwaltung hat einen Spielraum bei der Ahndung solcher Vergehen. Dieser Spielraum muss endlich ausgeschöpft werden. In besonders dreisten Fällen, die auch noch geschützte Arten vertreiben, wie bei der in der Abendzeitung vom 20. Februar dargestellten illegalen Fällung von 7 Bäumen in Obermenzing, ist die Höchststrafe zu verhängen. Niedrige Strafen werden oft einkalkuliert. Nur hohe Strafen können abschrecken.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Sabine Krieger, Dominik Krause, Katrin Habenschaden, Herbert Danner, Paul Bickelbacher, Anja Berger, Angelika Pilz-Strasser

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 28.03.2019

Mehr Schutz für Bäume VI

Baumrecht gegenüber Baurecht stärken – keine Baumfällungen mehr für Tiefgaragen

Antrag

Der Oberbürgermeister setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass der Baumschutz bei Bauvorhaben nicht automatisch dem Baurecht unterliegt. In die Bayerische Bauordnung und in das Baugesetzbuch soll folgendes aufgenommen werden:

- Der Baumschutz ist höher zu bewerten als der Bau von Tiefgaragen. Der Bau von Tiefgaragen ist dementsprechend kein Grund mehr für Baumfällungen.
- Die Situierung des Baukörpers muss so gewählt werden, dass Baumfällungen vermieden werden.

Begründung:

Bäume sind für ein gutes Stadtklima und für die Artenvielfalt unverzichtbar. Neupflanzungen können diese Funktionen erst nach vielen Jahrzehnten in dieser Art und Weise erfüllen. Das wird in der Bauordnung derzeit zu wenig beachtet. Planungen nehmen zu selten auf den Baumbestand Rücksicht. Das muss sich ändern.

Da der Oberbürgermeister als einer der Erstunterzeichner des Volksbegehrens „Rettet die Artenvielfalt“ sein Interesse am Thema Artenschutz gezeigt hat, kann er sich auf diese Weise konkret für den Schutz der Bäume und damit der Artenvielfalt einsetzen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Herbert Danner, Sabine Krieger, Dominik Krause, Katrin Habenschaden, Paul Bickelbacher, Anna Hanusch, Sebastian Weisenburger, Angelika Pilz-Strasser

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 05.10.2018

Grün statt grau – Gewerbeflächen im Wandel I

Management von Gewerbegebieten und -flächen: Gewerbeflächen umstrukturieren statt neu ausweisen, Wohn- und Arbeitsraum schaffen, Grünflächen schützen

Antrag

Die LH München weist keine neuen Flächen für Gewerbe auf bisher unversiegelten Flächen aus. Stattdessen erstellt sie Planungen zur Umstrukturierung und Nachverdichtung vorhandener Gewerbeflächen, um diese effizienter zu nutzen. Dabei gilt es besonders das große Flächenpotential bisheriger Verkehrsflächen zu nutzen.

Gleichzeitig ist bei den Planungen für die Umstrukturierung und Nachverdichtung zu prüfen, inwieweit vorhandene Gewerbeflächen städtebaulich aufgewertet werden und zusätzlich neuen Wohnraum in sogenannten urbanen Gebieten bieten können.

Um diese Aufgaben leisten zu können, wird ein aktives Management von Gewerbeflächen flächendeckend und nicht nur punktuell als zentraler Bestandteil der Münchner Flächenpolitik eingeführt.

Begründung:

Fläche ist kostbar. Im wachsenden München brauchen wir bezahlbaren Wohnraum, soziale Infrastruktur und wir brauchen unsere Grünflächen für die Erholung, die Artenvielfalt und fürs Klima. Doch gerade im Gewerbe wird mit Fläche oft viel zu verschwenderisch umgegangen. Deshalb muss der Fokus bei der Suche nach Gewerbeflächen ganz klar auf die Umstrukturierung von Gewerbegebieten, aber auch von einzelnen Gewerbeflächen gelegt werden. Das Potential dafür ist in München vorhanden: Zahlreiche ausgewiesene ältere Gewerbegebiete brauchen eine Frischzellenkultur – z.B. der Euroindustriepark, Obersendling, Neumarkter Straße, Am Moosfeld und Perlach Süd. Die bestehenden Strukturen sind teils nicht mehr konkurrenzfähig oder verbrauchen wertvolle Flächen durch eingeschossige Gebäude und riesige Parkplätze. Eingeschossige, großflächige Einzelhändler wie Discounter oder Baumärkte mit ihren überdimensionierten Parkplätzen finden sich in der ganzen Stadt. Dem muss entgegengewirkt werden. Der Bedarf an Gewerbe ist dementsprechend vorrangig auf bereits bestehenden Gewerbeflächen zu befriedigen (sogenanntes Gewerbeflächenrecycling) und auf einen optimierten Umgang mit der Fläche ist zu achten. Dabei ist sogar eine städtebauliche Aufwertung und Schaffung neuen Wohnraums möglich. Mit Wohnen verträgliches Gewerbe bereichert die Erdgeschosse von neuen urbanen Gebieten, wie sie z.B. im neuen Wohnungsbaugebiet der ehemaligen Bayernkaserne entstehen. Allgemeine Grünflächen, Parkanlagen, Waldflächen, Parks, ökologische Vorrangflächen und ausgewiesene Grünzüge

müssen für Gewerbe tabu sein.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Katrin Habenschaden

Herbert Danner

Paul Bickelbacher

Sabine Krieger

Anna Hanusch,

Gülseren Demirel

Hep Monatzeder,

Anja Berger

Sabine Nallinger

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 28.06.2018

Geld sparen mit mehr Baumschutz beim neuen Gesundheits- und Umweltreferat

Antrag

Die Verwaltung optimiert bei der neuen Überplanung für das Grundstück an der Dachauer Straße 90 den Baumschutz. Hierzu ist der tatsächliche Stellplatzbedarf zu ermitteln und nach Möglichkeit durch ein Mobilitätskonzept zu reduzieren.

Begründung:

Im Wettbewerb zum neuen Umweltreferat wollte man mit dem wertvollen Baumbestand noch schonend umgehen. Doch je detaillierter die Planungen wurden, desto weniger Bäume blieben übrig. Grund hierfür war – wieder mal – die erforderliche Tiefgarage und die aus der Zeit gefallene Stellplatzsatzung. Dies führte nicht nur im Bezirksausschuss Maxvorstadt zu großen Unmut.

Von Anfang an war klar, dass das neue Gebäude für das RGU zu klein sein wird. Mit der beantragten Überplanung bietet sich jetzt die Gelegenheit besser mit dem Baumschutz umzugehen. Hierfür ist zu ermitteln wie hoch der tatsächliche Bedarf an Stellplätzen an dieser sehr gut erreichbaren zentralen Lage in der Nähe der U-Bahn und Trambahn ist. Es nicht anzunehmen, dass Mitarbeiter*innen und Besucher*innen, die heute mit dem Rad bzw. öffentlich zum RGU kommen beim neuen Standort auf das Auto umsteigen. Es sei denn man erleichtert dies mit einem großzügigen Angebot an Stellplätzen – um dann in den umliegenden Straßen im Stau zu stehen.

Mit einem unterstützenden Mobilitätskonzept können sowohl Umwelt und Bäume als auch die Finanzen der LH München geschont werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Katrin Habenschaden

Sabine Krieger

Herbert Danner

Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates